

Ich rufe auf:

2 **Zweites Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (2. Schulrechtsänderungsgesetz)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1572

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Schule und Weiterbildung
Drucksachen 14/2112 und 14/2149

dritte Lesung

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 14. Juni 2006 eine dritte Lesung des Gesetzentwurfes gemäß § 73 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung beantragt.

Ich weise darauf hin, dass nach der zweiten Lesung keine Rücküberweisung erfolgte. Damit ist Beratungsgrundlage für die heutige Sitzung die Beschlussempfehlung und der Bericht des Ausschusses für Schule und Weiterbildung zur zweiten Lesung.

Ich weise weiterhin darauf hin, dass wir noch einen **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/2150**, einen **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/2159** und den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/2166** haben.

Ich eröffne jetzt die Aussprache zur dritten Lesung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Recker das Wort.

Bernhard Recker^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin froh und stolz, heute ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das die Zukunftschancen unserer Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen wesentlich verbessern wird.

(Frank Sichau [SPD]: Meinen Sie!)

Wir machen diese Reform nicht der Reform wegen. Wenn 39 Jahre rote beziehungsweise rot-grüne Bildungspolitik

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Rot-gelb auch!)

es nicht verhindert haben, Frau Löhrmann, dass wir weit abgeschlagen hinter anderen Ländern rangieren und 25 % der jungen Menschen nicht ausbildungsfähig sind, dann kann es so nicht weitergehen.

(Beifall von der FDP)

Diese Negativergebnisse als Produkt Ihrer Bildungspolitik sind im Detail doch in fast allen wissenschaftlichen Vergleichen belegt. Nun kommen diejenigen, die dieses Desaster in 39 Jahren verursacht haben, und werfen uns vor, die falschen Weichenstellungen vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, zeigen Sie doch endlich Größe! Geben Sie zu, dass Ihre Instrumente versagt und Sie uns in dieses Dilemma geführt haben!

(Beifall von CDU und FDP)

Ich habe es nicht so gerne, wenn nun diejenigen, die den Flächenbrand verursacht haben, sich hier als Feuerwehr aufspielen. Das nimmt Ihnen niemand mehr ab.

Es war gestern schon eine groteske Diskussion, wenn diejenigen, die für das unsozialste Schulsystem verantwortlich sind, nun Befürchtungen äußern, dass unser Schulgesetz sozial Schwache beteiligen würde. Genau das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall von CDU und FDP – Dieter Hilser [SPD]: Das ist der richtige Satz!)

Meine Damen und Herren, wir setzen mit unserem neuen Schulgesetz genau die Instrumente ein, die andere Länder bereits erfolgreich praktiziert haben, ob es jetzt intern in der Bundesrepublik, aber auch in Ihrem Musterländle Finnland war. Ich will das an einigen Beispielen erläutern.

Ich bediene mich gerne einiger Aussagen von der Expertin Thelma von Freimann aus der Zeitschrift „Freiheit der Wissenschaft“ vom Juni 2002 über die Binnenstruktur des finnischen Schulsystems, wo unter anderem Folgendes steht – ich darf mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, zitieren –:

„Nicht die formale Gestalt der ‚Gesamtschule‘ ist es, die Deutschland sich bei den Finnen abschauen sollte, sondern die intrasystemische Differenzierung, die begabungsgerechte Wege ermöglicht, und die personalintensiven binnenschulischen Strukturen zur Förderung der Schwachen.“

Weiter heißt es:

„Die hierzulande weit verbreitete Vorstellung, dass finnische Schulen mit Hilfe binnendifferenzierender Unterrichtsmethoden in sich ausgesprochen heterogene Klassen bedienen, ist absolut falsch. Die Schülerströme in Ballungsgebieten sortieren sich aufgrund der curricula-

ren Profilierung dem Fremdsprachenangebot und“

– hören Sie zu –

„der freien Schulwahl so, dass manche Schulen in Finnland mehr oder weniger einem deutschen Gymnasium entsprechen ..., andere eher einer deutschen Hauptschule.“

Das sind die Fakten.

(Beifall von der FDP)

Es heißt abschließend:

„Wenn Deutschland in Sachen Bildung international aufholen will, muss es

- allen Immigrantenkindern Deutsch beibringen und
- allen schwachen Schülern systematisch helfen.“

Genau diese Instrumente setzen wir ein.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Der entscheidende Punkt unseres Gesetzes ist die Freilassung aller Schulen in die Freiheit und mehr Eigenverantwortung. Wer Qualität will, muss Freiheit geben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das tun Sie doch nicht!)

Dieses Gesetz garantiert endlich die individuelle Förderung in einem begabungsgerechten Bildungssystem. Wir vertrauen den Menschen. Wir vertrauen den Schulen und gewähren ihnen ein Höchstmaß an Freiheit in einem geregelten Wettbewerb um die besten pädagogischen Konzepte.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir überlassen die Detailsteuerung des Schullebens den Schulen, welche auf dieser Basis ihre Profilbildung eigenverantwortlich weiterentwickeln können – wie in Finnland. Ebenfalls sorgen wir dafür, dass jedes Kind Deutsch sprechen kann, wenn es eingeschult wird – die Grundvoraussetzung für jede schulische Entwicklung.

Einige hier im Saal werden sich noch erinnern: Als wir das vor einigen Jahren gefordert haben, wurden wir als ausländerfeindlich gescholten. Das ist die Wahrheit, wie wir in der Vergangenheit diskutiert haben.

(Ralf Witzel [FDP]: So ist das!)

Ein weiterer Punkt. Wir gewähren – wie in Finnland übrigens – die freie Schulwahl, die Sie so bekämpfen, aber für uns ist dies Voraussetzung für ein Mehr an Individualität in der Förderung so-

wohl aus Sicht der Schule als auch aus Sicht der Eltern. Wir fördern unter anderem durch Lernstudios die Kinder, die einer besonderen Unterstützung bedürfen, um so das Sitzenbleiben weitgehend zu verhindern – siehe Finnland. Ich könnte diese Beispiele beliebig fortsetzen. Vor allem aber geben wir die personellen Rahmenbedingungen, die diese Förderung erst ermöglichen.

Ich wiederhole es: Wir können in einigen Punkten unterschiedlicher Meinung sein, aber wir als CDU sind vor der Wahl angetreten mit der Zusage, eine grundlegende und zukunftsweisende Bildungsreform auf den Weg zu bringen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: „Grundlegend“ stimmt ja, „zukunftsweisend“ nicht!)

Wir haben dabei die Eckpunkte klar definiert. Für dieses Ziel, mehr individuelle Förderung in einem differenzierten begabungsgerechten Bildungssystem, sind wir gewählt. Wir setzen hier und heute das um, was wir vor der Wahl gesagt haben, nicht mehr und nicht weniger. Hierbei geht es letztlich um Glaubwürdigkeit von Politik.

Meine Damen und Herren, mit dem heute zu verabschiedenden Gesetz geben wir allen am Schulleben Beteiligten endlich die Rahmenbedingungen, die notwendig sind, um im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Ich freue mich, dass unsere Schulen endlich eine Perspektive bekommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Recker. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Schäfer das Wort.

Ute Schäfer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben gestern bereits lange über das neue Schulgesetz diskutiert. Ich habe mir natürlich noch einmal die Rede von Frau Ministerin Sommer angeschaut; sie war ja gestern im Internet eingestellt. Es gab darin einen bemerkenswerten dritten Satz,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Einen!)

der lautet: „Nun gehen wir zum Lernen in die Welt.“

Wir können uns sicherlich alle noch an die Diktion erinnern. Ich hoffe, Sie werden das wirklich einmal tun – auch die CDU und die FDP –, dann werden Sie nämlich merken, wie die modernsten Schulsysteme in Europa aussehen.

(Zurufe von der CDU)

Und dann dürfen Sie eigentlich nicht zulassen, dass dieses Schulgesetz hier heute in dieser Form verabschiedet wird.

(Zuruf von der CDU: Doch, gerade dann!)

Werfen wir einmal einen Blick in den Süden, nach Südtirol, eine Region mit den besten Pisa-Ergebnissen: in Gemeinschaftsschulen! – Herr Recker hat ja gerade etwas aus dem Norden zitiert. Es war ein sehr umfangreiches Zitat; ich muss gestehen: So etwas lese ich lieber, als dass ich es höre, weil man das dann auch nachvollziehen kann. Aber Sie zitieren sehr selektiv. Ein Blick in den Norden Europas hätten reichen können, um sich von dem modernsten Schulsystem zu überzeugen.

Aber alle Instrumente, Herr Recker, die Sie eben genannt haben, von denen Sie überzeugt sind, dass sie erfolgreich sein werden, haben wir unter Rot-Grün in den letzten fünf Jahren eingeführt beziehungsweise vorbereitet. Daran muss ich Sie erinnern.

Sie machen eines – und da sind wir durchaus an Ihrer Seite –: Sie setzen die erfolgreiche frühe Sprachförderung fort. Das unterstützen wir natürlich.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie sind für die Malaise verantwortlich, die wir haben!)

Vielleicht könnten Sie dem Publikum zeigen, dass Sie auch zuhören können, Herr Solf. Es wäre schön, wenn Sie das einfach einmal aushalten würden. Ich weiß ja, dass Sie das nach Ihrer Blamage von gestern schwierig finden.

(Zurufe von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das Sozialverhalten sieht schlecht aus auf der Seite dort! – Weitere Zurufe)

– Ich weiß gar nicht, Herr Präsident: Geht das von meiner Redezeit ab?

Vizepräsident Edgar Moron: Nein.

Ute Schäfer (SPD): Nein. – Danke.

Also: Alle Maßnahmen, mit denen Sie bestimmt Erfolg haben werden, haben wir unter Rot-Grün eingeführt. Die Sprachförderung setzen Sie fort, und das ist gut und richtig so. Vielleicht nehmen Sie das einfach einmal positiv zur Kenntnis.

Sie setzen auch die von uns eingeführten Lernstandserhebungen fort. Sie wissen wahrscheinlich, dass wir sie aus Schweden übernommen haben. Auch das unterstützen wir ausdrücklich, weil genau das eine wichtige Basis für die individuelle

Förderung ist, die Sie hier landauf, landab zitieren. Außerdem sorgen diese Lernstandserhebungen für Transparenz im System.

Sie setzen auch die mittlere Abschlussprüfung um, die wir unter Rot-Grün eingeführt haben. Auch das wird der Transparenz der Leistungen dienen. Und es wird ein positiver Wettbewerb sein, dem sich auch Rot und Grün niemals ver sagt haben.

Sie setzen ferner unsere Schulinspektionen fort, ebenfalls die Einrichtung einer Qualitätsagentur, die wir erfolgreich mit den Niederlanden umgesetzt haben. Auch das begrüßen wir natürlich, ganz klar.

Sie setzen sogar – jetzt staunen wir an der Stelle – die Einrichtung der offenen Ganztagsgrundschule fort, die Sie jahrelang als Verwahranstalt ge geißelt haben, unter Rot-Grün eingeführt!

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Aber was Sie dann gleichzeitig tun, meine Damen und Herren von der FDP – und der Ministerpräsident trägt seinen Teil der Verantwortung –: Sie schaffen es nicht, in Berlin bei der Föderalismusreform dafür zu sorgen, dass so großartige Kooperationsprojekte wie Ganztags schulen von Bund und Land weiterhin gemeinsam durchgeführt werden können. Das müssen Sie sich zuschreiben lassen.

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Weil Rüttgers in Berlin nichts zu sagen hat! – Gegenrufe von der CDU)

Aber alles andere, was in diesem Schulgesetz dann noch auftaucht, sind leere Worthülsen. Ich möchte das am Beispiel der Durchlässigkeit deutlich machen. Landauf, landab verkünden Sie, das System werde durchlässiger. Sie belügen die Menschen. Sie schotten das Gymnasium ab.

(Beifall von der SPD)

Das heißt weniger Durchlässigkeit, und das heißt weniger Bildungsbeteiligung. Das ist Gift für eine Gesellschaft, die sich Wissensgesellschaft nennen will.

Dabei beschaffen Sie sich noch schnell eine Umfrage zur zweiten Lesung, Frau Ministerin, die übrigens nur in der „Bild“-Zeitung zu lesen war. Ich konnte sie gestern nicht im Internet nachlesen. Das ist sehr, sehr traurig; nur die „Bild“-Zeitung bekommt sie. Da steht dann, dass 91 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen es toll finden, dass die individuelle Förderung im Schulgesetz veran-

kert wird. – Donnerwetter, sage ich, das ist wirklich eine tolle Fragestellung mit einer tollen Antwort!

(Rainer Schmeltzer [SPD]: „Bild“ war dabei!)

Und aus dieser Umfrage zitieren Sie auch nur das Positive, Frau Ministerin. „Schönsprech“ heißt das, glaube ich. Denn die Aufhebung der Schulbezirke, die Sie mal eben en passant für die Grundschulen machen, wird von den Menschen in Nordrhein-Westfalen abgelehnt.

(Beifall von der SPD)

Abgelehnt wird sie! Ich darf dazu einmal aus Ihrer durchgestylten Rede zitieren. Darin heißt es:

„Weil starre Grenzen den Leistungswillen erschaffen lassen, brauchen wir den Wettbewerb. Dazu soll auch die Auflösung der Schulbezirksgrenzen dienen.“

Das haben Sie hier gestern gesagt. Wissen Sie eigentlich, dass unsere Grundschulen im internationalen Leistungsvergleich oben liegen? Und wissen Sie eigentlich, was Sie mit Ihrer Politik in den Grundschulen jetzt erreichen werden? Kopfnoten, Druck, Prognoseunterricht – die gesamte gute Grundschulpädagogik der letzten Jahre

(Lachen bei der CDU)

werden Sie damit zunichte machen. Bestreiten Sie, dass unsere Grundschulen erfolgreich waren in den internationalen Schulleistungsstudien? Bestreiten Sie das?

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Lebhaftes Zurufe von Josef Hovenjürgen [CDU])

Dann müssen Sie einmal nachlesen! Dann haben Sie sich nicht richtig informiert. Das ist eine Unverschämtheit! Unsere Grundschulen sind sehr erfolgreich.

In Wahrheit geht es Ihnen nämlich nicht um mehr Durchlässigkeit; sonst hätten Sie dieses Schulgesetz nicht zugelassen. Sie tragen ab heute die Verantwortung für ein Schulgesetz, das für weniger Bildungsbeteiligung, für weniger Chancengleichheit und für weniger Durchlässigkeit sorgt.

(Beifall von Carina Gödecke [SPD])

Das ist ab heute Ihre Verantwortung. Herr Recker, dann werden sich Ihre Reden auch ändern. Wir warten einmal ab, wie sich das in der Praxis umsetzen wird. – Danke.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schäfer. – Für Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben gestern sehr ausführlich diskutiert. Uns geht es heute noch um etwas Weiterführendes.

Wir haben gestern festgestellt, dass über die Zielsetzung „mehr Leistung und Bildung von mehr Jugendlichen sowohl in der Breite wie auch in der Spitze“ kein Dissens in diesem Hause besteht, sondern dass wir uns im Wesentlichen über die Instrumente und über die Wege streiten. Wir haben außerdem gelernt, dass der Ministerpräsident höchstpersönlich voll und ganz hinter diesen Zielen steht.

Ich will Ihnen einmal sagen, was die Schülerinnen und Schüler, um die es ja geht – über deren Zukunft reden wir ja –, von diesem Gesetz halten. Sie haben das gestern so erklärt:

„Das neue Schulgesetz ist für die Landesschüler/innen/vertretung in NRW weder modern noch innovativ. ...Barbara Sommer hat mit der Novelle ein weiteres Mal das Wohl der Kinder NRWs nicht im Blick.“

(Beifall von der SPD)

Und weiter heißt es:

„Insgesamt wird das neue Schulgesetz Chancengleichheit minimieren, soziale Unterschiede verstärken und Schuldemokratie in die Bedeutungslosigkeit schicken.“

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Christian Weisbrich [CDU]: Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben? – Gegenruf von der SPD: Sie nicht! – Weitere Zurufe)

„Die Novelle ist weder aus pädagogischer noch aus demokratischer oder aus schulpolitischer Sicht nachvollziehbar. Wir appellieren hiermit an die Landesregierung und das Ministerium für Schule und Weiterbildung, diesen zum Scheitern verurteilten Versuch, Schule zu reformieren, aufzugeben und zusammen mit den Schülerinnen und Schülern einen Neuanfang zu wagen.“

Das erwarten die Jugendlichen, die Schülerinnen und Schüler, von Ihnen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn Sie unterstellen, dass wir oder die SPD ihnen das aufgeschrieben haben, finde ich das sehr erbärmlich. Das möchte ich Ihnen ausdrücklich

sagen. Das haben wir gar nicht nötig, und das haben auch die Jugendlichen nicht nötig, dass man ihnen etwas aufschreibt, weil sie selber wissen, was für ihre Zukunft am besten ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Auch wir sind der Auffassung – das haben wir gestern ausführlich besprochen; das sage ich heute nur noch einmal kurz –, dass dieses Gesetz die Ziele einer besseren Bildung nicht erfüllen wird

(Widerspruch von der CDU)

und dass man mit den Rezepten der 50er-Jahre die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts – das impliziert: Bildung als soziale Frage – nicht erreichen wird.

Das wird auch nicht dazu führen, dass die Wirtschaft die Anforderungen, die sie an das Schulgesetz hat, erfüllt bekommt, weil dieses Gesetz vor diesem Hintergrund zukunftsfeindlich ist: aus Sicht der Kinder und ihrer Bildungschancen und aus Sicht der Wirtschaft, die im Innovationsprozess des globalen Wettbewerbs mithalten muss.

Deswegen fordern inzwischen auch Wirtschaftsexperten ein anderes System: Lothar Späth und Hans-Werner Sinn – um nur zwei zu nennen. Die Bertelsmann-Stiftung und viele andere Institute haben gesagt: Das geht so nicht weiter in Deutschland. Es geht um Deutschland und natürlich auch um Nordrhein-Westfalen. Die Grundprobleme sind in den Ländern die gleichen. Es gibt graduelle Unterschiede zwischen den Bundesländern; da hilft Ihnen Ihre fein zisierte Argumentation nicht weiter.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Meine Damen und Herren, dieses Gesetz ist auch nicht im Interesse der Kommunen dieses Landes. Deswegen unternehmen wir heute einen letzten Versuch. Sie haben gestern die diesbezüglichen Anträge der SPD, die auf den Status quo zielen, abgelehnt. Das hat mich nicht weiter überrascht.

Aber wir legen Ihnen heute zur namentlichen Abstimmung einen Änderungsantrag vor, der im O-Ton dem Wunsch und Willen der kommunalen Spitzenverbände dieses Landes entspricht, und zwar auf Punkt und Komma. Das haben Ihnen die kommunalen Spitzenverbände als Kompromiss vorgelegt.

Sie sind das Parlament, und Sie haben darüber vor Ihrem Gewissen zu entscheiden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Demonstrativer Beifall von der CDU – Zuruf von Ralf Witzel [FDP] – Weitere Zurufe)

Auch Ihre Leute in den Kommunen wollen das so; das hat die Befragung des Städte- und Gemeindebundes gezeigt.

(Zustimmung von Rainer Schmeltzer [SPD])

Das haben die vielen Ratsresolutionen gezeigt.

(Zustimmung von Rainer Schmeltzer [SPD])

Das hat auch Ihre kommunalpolitische Vereinigung gezeigt. Auch in Ihrem Wahlprogramm stand es anders, meine Damen und Herren von der CDU. Und das wissen Sie auch.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Also: Folgen Sie der kommunalen Vernunft aus Gründen, die für die Kinder gut sind, die die Bürokratie abbauen und die den Kommunen die Freiheit geben, das so oder anders zu tun. Aber bedenken Sie auch – ich habe das gestern schon gesagt –: Der Ministerpräsident hat Sie in gewisser Weise vor vollendete Tatsachen gestellt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das macht er öfters!)

Es ist schlecht, wenn man nicht versucht, ein solches Verhalten von Anfang an einzudämmen. Wie Sie als CDU und als Einzelne abstimmen, hat auch etwas damit zu tun, ob Sie sich das gefallen lassen oder ob Sie eine selbstbewusste Fraktion frei gewählter Abgeordneter sind, die an dieser Stelle ihrem Gewissen folgen sollten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Hier geht es anders – das ist mein letzter Gedanke – als beim Haushalt. Da kann man das ja noch verstehen, denn dabei gerät ein Gefüge des Haushaltes auseinander. Aber hier gerät nichts auseinander, was Sie ansonsten beschlossen haben, sondern hier geht es nur darum, dass Sie den Kommunen folgen. Die ideologische Orientierung dieses Gesetzes, die ich nicht teile, gerät nicht auseinander. Es geht also nur um einen Einzelpunkt, der kein Gefüge auseinander bringt. Deswegen: Folgen Sie dem, was Sie eigentlich für richtig halten! Denn in diesem Parlament gibt es für die Aufhebung der Schulbezirke als Zwangsmaßnahme für die Kommunen keine Mehrheit.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Die Menschen sollten sehen, dass hier nach dem Gewissen und nach der Sache entschieden wird und nicht nach einer Vorgabe des Ministerpräsi-

denten, der sich in unheiliger Allianz mit der FDP zusammengetan hat.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es wäre ein gutes Zeichen für dieses Haus, dass hier so entschieden wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Löhrmann. – Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Witzel.

(Zuruf von der SPD: Ein Witz! – Weitere Zurufe)

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank für den Nachhilfeunterricht für Abgeordnete, den wir gerade empfangen durften.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der ist ja auch bitter nötig! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Aber zur Sache! Mit der Schulgesetznovelle, die wir in wenigen Minuten verabschieden, machen wir einen ganz entscheidenden Schritt in die richtige Richtung, Nordrhein-Westfalen zum Bildungsland Nummer eins in Deutschland zu machen.

(Lachen und Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Wir nehmen eine Totalrevision rot-grüner Bildungspolitik vor. Das haben Sie richtig identifiziert.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das schmerzt Sie natürlich; das ist auch nachvollziehbar. Aber dieser Weg der Qualitätsentwicklung

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ist ein Weg zurück!)

ist der Sache nach völlig alternativlos. Wir belegen die Abstiegsplätze bundesweit mit den Leistungsergebnissen unserer Schüler. Sie haben uns ein Erbe hinterlassen, bei dem 25 % der Jugendlichen Risikogruppe sind, wo keine Förderung stattgefunden hat. Deshalb sagen wir Ihnen als FDP-Landtagsfraktion: Das Risiko besteht nicht darin, Fehler zu verbessern und Veränderungsprozesse einzuleiten, sondern das Risiko besteht darin, die Reformen zu unterlassen und weiter vor sich her zu wurschteln, wie Sie das in den letzten zehn Jahren gemacht haben.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, die neue Schule NRW der Koalition der Erneuerung steht für Bewegung und nicht für Kuschelpädagogik im Schlaflabor.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Es ist wirklich nicht ohne Amusement, wenn Frau Kraft und Frau Schäfer über Bildungsqualitätsentwicklung reden. Bei den Ergebnissen, die Sie uns hinterlassen haben, ist das fast so, als ob der Blinde von der Farbe spricht. Und wir passen auf, dass Sie nicht Fahrerflucht begehen.

(Beifall von FDP und CDU – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Sie haben schwache Fachleistungen hinterlassen, ein sozial selektives Bildungswesen und Defizite in den Verhaltensweisen. Immer, wenn wir Ihnen das in den letzten Jahren basierend auf wissenschaftlichen Studien gesagt haben, haben Sie gesagt, dass das alles nicht so und im Übrigen auch völlig egal sei. Denn Sie hätten nach rot-grüner Lesart ein gutes Bildungswesen. Ihre Begründung war: In keinem anderen Bundesland in Deutschland machen trotz dieser Fakten so viele junge Menschen Abitur wie bei uns. – Herzlichen Glückwunsch! Wenn das der Indikator für Bildungsqualität ist, wissen wir auch, warum wir heute da stehen, wo wir uns befinden.

(Zuruf von der SPD: Sie reden Blödsinn!)

Wir machen als Koalition der Erneuerung das, was wir im Wahlkampf gesagt haben und wie wir uns glaubwürdig – CDU wie FDP – vor der Landtagswahl verhalten haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wann war das denn mit dem „glaubwürdig“?)

Sie können das alles nachlesen. Auf allen Pressekongressen von Jürgen Rüttgers und Ingo Wolf vor der Landtagswahl wurde dies gesagt. Sie können dies auch in der Landtagsdrucksache 13/6887 zum Thema „freie Schulwahl“ nachlesen. Wir haben den Wählern vor der Wahl klar gesagt, wie wir uns hier verhalten werden.

Wir als Koalition der Erneuerung wollen ein Bildungswesen mit mehr Leistung, mehr Wettbewerb, mehr Disziplin und besseren Perspektiven für junge Menschen. Deshalb müssen wir die Probleme lösen, die Sie uns hinterlassen haben. Sie haben uns ein sozialselektives Bildungswesen hinterlassen, das wir überwinden müssen. Das Problem der Bildung in Deutschland – darin sollte eigentlich hier im Haus und in Nordrhein-Westfalen insgesamt Einigkeit bestehen – ist, dass Kinder viel zu früh sortiert werden, nämlich hausnummernweise auf verschiedene Schulbe-

zirksstandorte, sodass sie selber keine Wahlfreiheit entfalten können.

(Zurufe von der SPD)

Deshalb, Frau Löhrmann, treten wir für eine Schule ohne Grenzen, für eine Schule des Wettbewerbs, der Vielfalt ein, um so zu einer neuen Qualitätsentwicklung zu kommen.

Schulbezirke im bisherigen System entfalten nämlich eine Doppelwirkung. Zum einen projizieren sie 1:1 die Struktur des sozialen Wohnens. Dort wirken sie als Mauer um den sozialen Brennpunkt herum; denn da, wo man geboren wurde, muss man auch zur Schule gehen. Zum anderen sind sie ein Schutzwall für die Villenviertel, wo niemand hereingelassen wird. Das spricht nicht für Durchmischung und Heterogenität in unseren Schulen. Deshalb kennen ja auch die Länder, die bei Pisa erfolgreich waren, das System der Schulbezirksgrenze nicht.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

In Niedersachsen, Frau Gödecke, kämpft die SPD gegen die schwarz-gelbe Koalition für freie Schulwahlen. Die SPD-Schulministerin in Schleswig-Holstein schafft gerade die Schulbezirke ab.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Vergleichen Sie Vergleichbares! – Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Insofern sollten Sie sich auch in Nordrhein-Westfalen etwas weiterentwickeln.

Frau Kraft, ich hätte mir gewünscht, dass Sie in der Bildungspolitik das Format Ihres Vorgängers im Amt des SPD-Fraktionsvorsitzenden haben, der es sich aus Verantwortung nie hat nehmen lassen, in seiner eigenen Partei und Fraktion notwendige Reformen einzufordern. Edgar Moron war der erste bei Ihnen, der für das Zentralabitur eingetreten ist. Sie haben gesagt, das sei alles des Teufels, bis wir Ihnen gezeigt haben, dass es das in anderen Ländern auch an bischöflichen Schulen gibt und deshalb nicht des Teufels sein kann.

(Zurufe von der SPD)

– Einige Monate später haben Sie es dann beschlossen. – In einem sehr bemerkenswerten Artikel in der GEW-Zeitschrift „Neue deutsche Schule“ vom 10. März 2005 hat er auf die Frage, mit welchen Problemen und Herausforderungen in der Bildungspolitik man sich in der 14. Legislaturperiode, also in der, in der wir uns heute befinden, beschäftigen muss, ausgeführt – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –: ...

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, ich kann Ihnen gar nichts mehr genehmigen. Sie haben Ihre Redezeit überschritten.

(Beifall von der SPD)

Ralf Witzel (FDP): Ich komme sofort zum Schluss, Herr Moron.

„Selbstständigkeit bedeutet Konkurrenz der Schulen untereinander. Die Eltern müssen das Recht haben, zu entscheiden, in welche Schule sie ihr Kind schicken. Das gilt auch für die Grundschulen.“

Wir haben dem nichts mehr hinzuzufügen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Witzel. – Jetzt hat Frau Ministerin Sommer das Wort. Bitte schön.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit mehr als einem halben Jahr beschäftigen wir uns intensiv gemeinsam und manchmal auch gegeneinander mit dem Schulgesetz. Die Argumente sind ausgetauscht, die Fakten geklärt.

Ich möchte aber noch einmal die Gelegenheit nutzen, einige Äußerungen der gestrigen Debatte aufzugreifen. Für Sie, so sagten Sie, Frau Löhrmann, „fängt die Sache erst an“. Das ist wohl richtig. Ein Gesetz zu machen hat seine Tücken, aber es ist sicherlich ungleich schwieriger, es dorthin zu bringen, wo es hingehört, nämlich in die Köpfe der Menschen, der Lehrerinnen und Lehrer, der Eltern, der Kinder.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das scheint Ihnen nicht zu gelingen!)

Aber, meine Damen und Herren, der Wind der Veränderung ist spürbar.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gegenwind!)

Das zu erkennen, dazu brauche ich übrigens keine Experten. Nicht, dass Sie mich falsch verstehen. Ich sage nicht, dass ich Expertenwissen nicht schätze. Aber setzen Sie nicht das von Ihnen bei jeder Gelegenheit beschworene Expertenwissen über das Wissen der wirklichen Experten.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Meinen Sie etwa sich?)

Welche Achtung bringen Sie den Schulexperten, den Kinderexperten, den Lehrkräften, den Eltern entgegen, denjenigen also, die Tag für Tag mit Erziehung zu tun haben, unseren hochkarätigen Experten?

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sieben Anhörungen kontra zu Ihrem Gesetz! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Statt auf Reisen zu gehen, Frau Löhrmann, wie Sie mir gestern rieten, habe ich mich in den Schulen des Landes umgesehen. Ich will an dieser Stelle nicht der Frage nachgehen, was Sie wohl gesagt hätten, wenn ich auf Europatournee gegangen wäre. Frau Schäfer will Herrn Recker und mich nach Finnland schicken. Auch dazu noch eine Anmerkung, gerade was Finnland angeht: Man darf nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Dies tun Sie aber, wenn Sie Familien mit Zuwanderergeschichte in Finnland und in Deutschland miteinander vergleichen. Es ist ein Problem, hier einen Vergleich anzustellen. Die Finnen zahlen ihren Lehrkräften nur einen Teil des Gehaltes, das wir ihnen zahlen. Wir schätzen unsere Lehrkräfte wert; deshalb setzen wir ein anderes Gehalt an. Im Übrigen haben die Finnen große Probleme hinsichtlich der Arbeitslosigkeit und des Nikotin- und Alkoholmissbrauchs der jungen Finnen.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO – das ist wieder ein schulischer Aspekt – hat im Sommer 2004 festgestellt, dass gerade einmal 4,5 % der Schülerinnen und 4 % der Schüler in Finnland die Schule gut gefällt. Damit liegen sie auf Platz 35, also auf dem letzten Platz.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Beer?

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Nein.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wann wird es sein, dass sie eine Zwischenfrage zulässt?)

Auch das gehört zu den Wahrheiten, die gesagt werden müssen.

„Die individuelle Förderung verträgt sich nicht mit der Entscheidung, wer herausfliegt.“ – Das war Ihr Zitat, Frau Löhrmann.

Ich glaube, an dieser Stelle muss ich etwas Nachhilfe geben: Unser nun im Schulgesetz verankerter Wille, dass Versetzung der Regelfall ist, verhindert doch gerade eine derzeit hohe Zahl der Rauswürfe.

Apropos Nachhilfe, sehr geehrte Damen und Herren der Opposition: Sie befürchten einen Boom in der Nachhilfeindustrie.

(Zuruf von der CDU: Den haben wir doch schon lange!)

Die Zahlen aus Ihrer Zeit, Frau Schäfer, sprechen doch für sich.

(Beifall von CDU und FDP)

Zum Beispiel benötigten 15 % der Neuntklässler zu Ihrer Zeit Nachhilfe in Mathematik. Haben Sie diese Zahl schon vergessen?

(Beifall von CDU und FDP – Hannelore Kraft [SPD]: Bei Ihnen fängt das doch schon in der zweiten Klasse an! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Stimmt!)

Sie sagen, unser neues Schulgesetz sei ein riesiger Feldversuch. Das sagen Sie vor dem Hintergrund eines 39 Jahre langen Feldversuchs, der gerade völlig misslungen ist? Das sagen Sie an dieser Stelle?

(Beifall von CDU und FDP)

Da lobe ich mir doch die sehr sympathische und sehr ehrliche Aussage Ihrer Kollegin Frau Kraft. Sie gestand gestern Fehler ein – auch in der Schulpolitik. Das ist eine Äußerung, zu der Sie, Frau Schäfer, sowohl in Ihrer 31-monatigen Amtszeit als auch im letzten Jahr kein einziges Mal fähig waren. So viel zu Schönfärberei!

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie war das mit den Äpfeln und Birnen?)

Wettbewerb und Schulen, sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition, gehören Ihrer Meinung nach nicht zusammen. Das ist falsch! Wir gehen nun auch mit ihnen in den Wettbewerb, und ich darf Ihnen versichern: Wir haben schon jetzt mehr als nur eine leere Seite in Sachen Bildung zu bieten.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Ministerin, die Redezeit ist abgelaufen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ihre Zeit ist abgelaufen!)

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herzlichen Dank. – Ich würde Ihnen noch gerne sagen, was wir alles vorhaben. Sie wissen es alle. Lassen Sie uns gemeinsam an dem neuen Schulgesetz arbeiten. Ich habe gesagt: Es muss erst in die Köpfe der Menschen transportiert werden.

Wir wissen: Eine Investition in Wissen bringt langfristig noch die besten Zinsen; das sagte Benjamin Franklin.

(Lachen von der SPD)

Die Rendite ist die Zukunftsfähigkeit, die Zukunft unserer Kinder, die Zukunft Nordrhein-Westfalens. – Danke.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wir sind hier nicht in Hollywood! Wir sind in Düsseldorf!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schließe damit die Beratung.

Herr Kollege Dr. Orth von der FDP-Fraktion hat gemäß § 46 der Geschäftsordnung beantragt, zu der nachfolgenden Abstimmung eine Erklärung abzugeben. Hierfür gebe ich Ihnen jetzt Gelegenheit. Sie haben bis zu fünf Minuten Zeit.

Dr. Robert Orth^{*)} (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich am Ende der Debatte zu Wort gemeldet, da ich Ihnen mein nachfolgendes Abstimmungsverhalten erläutern möchte.

Ich stehe voll und ganz zu den politischen Zielen dieses neuen Schulgesetzes, zur Aufhebung der Schulbezirksgrenzen, zu mehr Leistung. Zu all diesen Dingen kann ich nur sagen: Dazu stehe ich.

Ich habe mich aber als Abgeordneter meinem Gewissen zu unterwerfen und mich zu fragen: Kann ich dieses Gesetz in seiner Gänze mittragen? Ich reklamiere auch für meine Fraktion und für alle anderen, Frau Löhrmann, dass jeder hier nach seinem Gewissen abstimmt,

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

und respektiere auch, wenn man dem Gesetz zustimmt.

Andererseits ist es für mich persönlich so, dass ich dem Passus „Ehrfurcht vor Gott“ als Erziehungsziel nicht meine Zustimmung geben kann. Dieser Passus ist Teil des Gesetzes.

(Zuruf: Aber das steht doch in der Verfassung!)

Es hilft auch nicht, wenn man darüber diskutiert, dass das auch Teil der Landesverfassung ist, denn damals haben sehr viele Abgeordnete gegen die Landesverfassung gestimmt – unter anderem die damaligen Mitglieder der FDP-Fraktion.

Ich glaube auch, dass einige Abschnitte wie Verstaatlichung und Ähnliches heute in diesem Hause nicht mit Mehrheit noch einmal neu beschlossen würden.

Aber das ist nicht der Hauptgrund. Für mich persönlich ist es ein Motiv, dass ich meine beiden Kinder bewusst nicht taufen lassen, weil ich Ihnen die Möglichkeit geben möchte, später selber zu entscheiden, ob sie einer Religionsgemeinschaft beitreten oder nicht. Ich möchte daher mit meinem Abstimmungsverhalten nicht dazu beitragen, dass ihnen von staatlicher Stelle „Ehrfurcht vor Gott“ als Erziehungsziel unterbreitet wird. Damit würde ich einen Schritt gehen, den ich nicht vor mir selber verantworten kann.

Ich habe das in meiner Fraktion schon vor längerer Zeit angekündigt. Ich danke meiner Fraktion für das Verständnis, das sie geäußert hat. Ich werde daher gleich diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Orth. – Meine Damen und Herren, zur Geschäftsordnung hat sich noch der Abgeordnete Rimmel, Parlamentarischer Geschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen, gemeldet.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen meiner Fraktion beantrage ich nach § 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu dem von uns vorgelegten Änderungsantrag Drucksache 14/2166 – Stichwort: Schulbezirke – eine namentliche Abstimmung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag gehört. Er ist zulässig. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat namentliche Abstimmung beantragt. Wir werden im ersten Abstimmungsverfahren – dabei geht es um den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/2166 – in namentlicher Abstimmung abstimmen.

Nach § 43 Abs. 2 erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben bei Namensaufruf mit Ja oder Nein zu antworten oder zu erklären, dass Sie sich der Stimme enthalten. Erklärt sich ein Mitglied des Landtags nicht, so gilt dies als Nichtbeteiligung an der Abstimmung.

Frau Abgeordnete Koschorreck wird jetzt mit dem Namensaufruf beginnen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dem aufmerksam folgen und laut und deutlich Ihr Votum sagen: Ja, Nein oder Enthaltung.

(Der Namensaufruf erfolgt; Namensliste siehe Anlage.)

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt alle aufgerufen. Einige, die an der Abstimmung nicht teilgenommen haben, sind aber noch nachgekommen. Wer von denjenigen, die hier im Raum sind, hat seine Stimme noch nicht abgegeben? – Herr Killewald und Frau Howe. Noch jemand? – Nein. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführer auszuzählen.

(Die Auszählung erfolgt.)

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das **Ergebnis** der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/2166 bekannt. Abgegeben haben ihre Stimme 168 Abgeordnete. Davon haben 74 mit Ja gestimmt, 94 mit Nein. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 14/2166** mit Mehrheit **abgelehnt**.

(Beifall von CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 14/1572. Die Beschlussgrundlage ist – ich habe es bereits gesagt – die **Beschlussempfehlung** und der Bericht des Ausschusses für Schule und Weiterbildung zur zweiten Lesung; das sind die **Drucksachen 14/2112 und 14/2149**. Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der FDP-Abgeordnete Orth. Damit ist der Gesetzentwurf mit der Mehrheit des Hauses so **beschlossen**.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Ministerin Barbara Sommer reicht Helmut Stahl [CDU] und Dr. Gerhard Papke [FDP] die Hand. – Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart gratuliert Ministerin Barbara Sommer. – Bernhard Recker [CDU] umarmt Ministerin Barbara Sommer. – Zurufe von der SPD: Oh! – Weitere Gratulanten folgen.)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag Drucksache 14/2150** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die CDU- und die FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag Drucksache 14/2159** der SPD-Fraktion. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist auch dieser Entschließungsantrag mit der Mehrheit des Hauses **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, damit haben wir Tagesordnungspunkt 2 abgeschlossen.

Ich rufe auf:

3 **Volksinitiative gemäß Artikel 67 a der Landesverfassung: „Volksinitiative für die Beibehaltung der gesetzlich zugesicherten Kinder- und Jugendförderung“**

Unterrichtung
durch die Präsidentin
Drucksache 14/1633
Vorlage 14/268

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Generationen,
Familie und Integration
Drucksache 14/2057

In Verbindung damit:

Volksinitiative gemäß Artikel 67 a der Landesverfassung: „Volksinitiative NRW 2006 – gegen Kürzungen der Landesförderung bei Kindern, Jugendlichen und Familien“

Unterrichtung
durch die Präsidentin
Drucksache 14/1872
Vorlage 14/291

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Generationen,
Familie und Integration
Drucksache 14/2125

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Ratajczak das Wort. Bitte schön.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)